

Entscheidungen in Kirchensachen

seit 1946

Begründet von

Prof. Dr. Dr. Carl Joseph Hering †

Dr. Hubert Lentz

Herausgegeben von

Prof. Dr. Manfred Baldus
Vorsitzender Richter
am Landgericht Köln a. D.

Prof. Dr. Stefan Muckel
Universitätsprofessor
an der Universität zu Köln

in Verbindung mit dem

Institut für Kirchenrecht
und rheinische Kirchenrechtsgeschichte
der Universität zu Köln

De Gruyter

Entscheidungen in Kirchensachen

seit 1946

53. Band
1. 1. – 30. 06. 2009

De Gruyter

ISBN 978-3-11-028739-4

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2013 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Druck: Hubert & Co. GmbH und Co. KG, Göttingen

Ⓢ Gedruckt auf säurefreiem Papier

Printed in Germany

www.degruyter.com

Vorwort und Benutzungshinweise

Die Sammlung „Entscheidungen in Kirchensachen seit 1946“ (KirchE) veröffentlicht Judikatur deutscher staatlicher Gerichte, des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) zum Verhältnis von Kirche und Staat und zu weiteren Problemkreisen, die durch religionsrechtliche Bezüge gekennzeichnet sind. Aus der Judikatur des EGMR und des EuGH werden vornehmlich solche Entscheidungen ausgewählt, die aus Verfahren in Deutschland hervorgegangen oder sonst von grundsätzlicher Bedeutung sind. Die Veröffentlichung erfolgt in der Regel in einer Amtssprache, die der Gerichtshof für die amtliche Ausgabe der jeweiligen Entscheidung verwendet hat. Eine von der deutschen Praxis abweichende Form der Entscheidungen und der Abkürzungen bleibt gewahrt. Einschlägige Entscheidungen des EGMR und EuGH aus der Zeit von 1965 bis 2001 sind in 42 KirchE Bd. 42 (2007) dokumentiert.

In Fußnote 1 finden sich Angaben zu den Leitsätzen und weiteren Quellen in amtlichen Entscheidungssammlungen und Fachzeitschriften, ggf. auch Hinweise auf Parallelverfahren. Die Kennzeichnung einer Entscheidung als nicht veröffentlicht (n.v.) bezieht sich nur auf Entscheidungssammlungen und Zeitschriften; eine Zugriffsmöglichkeit in Datenbanken (z.B. *juris*) wird nicht nachgewiesen.

Soweit ein Verfahren mit der hier abgedruckten Entscheidung nicht zum Abschluss gelangt ist, erscheint in Fußnote 1 ein Hinweis auf den Ausgang von Rechtsmittelverfahren etc. Etwaige weitere Entscheidungen aus dem Rechtsmittelzug, soweit sie wesentliche Ausführungen zu religionsrechtlichen Fragen etc. enthalten, entnehme man späteren Bänden von KirchE. Kurzgefasste Rechtsmittelentscheidungen, die sich im Wesentlichen auf ergänzende Ausführungen beschränken, werden bei der Vorinstanz in Fußnote 1 referiert.

Entscheidungen zum Sonn- und Feiertagsrecht sind in der Regel nur mit einem Urteil etc. im Volltext dokumentiert; dort sind in Fußnote 1 evtl. weitere einschlägige Entscheidungen aus dem Veröffentlichungszeitraum nachgewiesen. Entscheidungen, die Beschäftigungsverhältnisse mit kirchlichen Anstellungsträgern betreffen, werden nur dokumentiert, soweit religionsrechtliche Fragen relevant sind.

Entscheidungen zum Asylrecht, die im Schwerpunkt religionspolitische Verhältnisse in den Herkunftsländern der Asylbewerber erörtern, werden in KirchE nicht mehr aufgenommen, da der Praxis anderweitige Zugänge offenstehen.

Die Herausgeber haben die Sammlung als Judikatur-Archiv konzipiert. Für die Aufnahme einer Entscheidung ist maßgebend, ob der Verfahrensgegenstand und die religionsrechtlichen Erwägungen für Wissenschaft und Praxis von Interesse sind. Deshalb wurden zum Teil auch in-

stanzgerichtliche Entscheidungen berücksichtigt, die im weiteren Verlauf des Verfahrens keinen Bestand hatten. Angesichts dieses breiten Themenkatalogs kann eine Vollständigkeit dieser Sammlung nur angestrebt werden, wenn man eine gewisse zeitliche Distanz in Kauf nimmt.

Soweit die als amtlich gekennzeichneten Leitsätze der Gerichte verwendet wurden, ist dies vermerkt. Im Übrigen wurden die Leitsätze möglichst am religionsrechtlich relevanten Inhalt der Entscheidung orientiert. Dasselbe gilt für die Fassung des Sachverhalts und der Prozessgeschichte und eine eventuelle Kürzung der Entscheidungsgründe. Der z.T. unterschiedliche Zitier- und Abkürzungsmodus ist nur angeglichen, wo Verwechslungen in Betracht kommen. Eine in der amtlichen Fassung oder bei *juris* benutzte Randbezifferung ist, soweit sie sich nicht ausschließlich auf Belegstellen innerhalb des Fließtextes bezieht, in den Entscheidungsgründen (kursiv und in eckigen Klammern) berücksichtigt. Das Abkürzungsverzeichnis wurde im Wesentlichen auf Zeitschriften beschränkt. Zur Auflösung von weiteren juristischen Abkürzungen wird auf Kirchner, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 6. Aufl., Berlin 2008, verwiesen. Soweit in den Urteilen etc. auf andere Entscheidungen, die auch in KirchE abgedruckt sind, Bezug genommen wird, ist die Fundstelle durch einen Quellenzusatz nachgewiesen.

Über die in den Bänden 1-25 erschienene Judikatur informiert zusätzlich ein im Jahr 1993 erschienener Registerband.

Zugänge zur Judikatur kirchlicher Gerichte, die in dieser Sammlung schon aus Raumgründen nicht berücksichtigt werden kann, eröffnen die Rechtsprechungsbeilage zum Amtsblatt der EKD (jeweils Beilage zu Heft 4 eines Jahrganges) und die kirchenrechtlichen Fachzeitschriften, insbesondere das „Archiv für katholisches Kirchenrecht“, „Kirche und Recht“ und die „Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht“. Im Bereich der Katholischen Kirche ist die Spruchpraxis arbeitsrechtlicher Schiedsstellen und Arbeitsgerichte, d.h. der Kirchlichen Arbeitsgerichte Erster Instanz, des Kirchlichen Arbeitsgerichtshofs und des Delegationsgerichts der Apostolischen Signatur (*Tribunal Delegatum et a Supremo Signaturae Apostolicae Tribunali Constitutum*), u. a. aus der Zeitschrift „Die Mitarbeitervertretung“ und über die Homepage der Deutschen Bischofskonferenz, Untergruppe *Initiativen*, zu erschließen.

Seit seiner Gründung (1963) erscheint das Werk in Zusammenarbeit mit dem Institut für Kirchenrecht und rheinische Kirchenrechtsgeschichte der Universität zu Köln und wird dort auch redaktionell betreut. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schulden die Herausgeber für ihren Einsatz herzlichen Dank.

Den Benutzern der Sammlung sei versichert, dass die Herausgeber auch weiterhin Hinweise auf bisher unveröffentlichte Entscheidungen sehr zu schätzen wissen.

Inhaltsverzeichnis

Nr.	Seite
1 Datenschutz u. Scientology-Mitgliedschaft. VG Köln, Urteil vom 15.1.2009 (20 K 1673/07)	1
2 Ungleichbehandlung von standesamtlicher u. religiöser Eheschließung. EGMR, Urteil vom 20.1.2009 (No. 3976/05 - Şerife Yiğit ./ Türkei)	6
3 Keine Grundsteuerbefreiung für die Dienstwohnung eines sog. „Nur-Dekans“ der Ev. Kirche. Hessisches FG, Urteil vom 28.1.2009 (3 K 2219/07)	30
4 Fortbestand vertraglicher gemeindlicher Kirchenbaulast. BVerwG, Urteil vom 5.2.2009 (7 C 11/08)	38
5 Mehrehe/Ehe auf Zeit u. dt. ordre public. VG Berlin, Urteil vom 16.2.2009 (24 A 273.08)	50
6 Moschee im allgemeinen Wohngebiet. VG Berlin, Urteil vom 18.2.2009 (19 A 355.04)	57
7 Abfindungsregelung im Sozialplan/Beschränkung eines anteiligen Weihnachtsgeldanspruchs im Jahr des Ausscheidens aus dem Arbeitsverhältnis. LAG Köln, Urteil vom 18.2.2009 (3 Sa 1420/08)	65
8 Steuersatz für Sakralkunst. FG Baden-Württemberg, Urteil vom 2.3.2009 (10 352/09)	78
9 Erstattungsüberhang an Kirchensteuer. BFH, Beschluss vom 3.3.2009 (X B 145/08)	81
10 Kostenübernahme für Treppensteighilfe zum Besuch kirchlicher Veranstaltungen. Hessisches LSG, Urteil vom 3.3.2009 (L 1 KR 39/08)	84
11 Passivlegitimation/Verwirkung f. Unterlassungsbegehren wegen Inhalt eines Arbeitspapiers im Religionsunterricht. VG Würzburg, Urteil vom 11.3.2009 (W 1 K 08.2273)	88
12 Befreiung vom Wehr- und Zivildienst. EGMR, Urteil vom 12.3.2009 (No. 49686/99 - Gült ./ Österreich)	93
13 Abstimmungsverfahrens zur Umwandlung einer Gemeinschaftsgrundschule in eine evangelische Bekenntnisschule. OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 17.3.2009 (19 B 1314/07)	103
14 Karitative Einrichtung einer Religionsgemeinschaft iSd § 118 Abs. 2 BetrVG. LAG Düsseldorf, Beschluss vom 17.3.2009 (8 TaBV 76/08) ..	115

15	„Werte brauchen Gott“ als Tatsachenbehauptung. LG Köln, Urteil vom 20.3.2009 (28 O 59/09)	131
16	Befristungsdauer in kirchl. Arbeitsrechtsregelungen. BAG, Urteil vom 25.3.2009 (7 AZR 710/07)	138
17	Gewerkschaften in kirchlichen Einrichtungen. ArbG Heilbronn, Urteil vom 26.3.2009 (7 Ca 28/09)	156
18	Einschränkung der Religionsausübung durch Zuweisung eines Asylbewerbers an eine bestimmte Gemeinschaftsunterkunft. VG Ansbach, Urteil vom 27.3.2009 (AN 10 K 08.30467)	167
19	Bemessungsgrundlage für Kirchensteuer in glaubensverschiedener Ehe. Thüringer FG, Urteil vom 31.3.2009 (2 K 648/08)	169
20	Veranstaltung einer Weltanschauungsgemeinschaft am Karfreitag. BayVGH, Urteil vom 7.4.2009 (10 BV 08.1494)	174
21	Befreiung von einer Klassenfahrt aus religiösen Gründen. VG Hamburg, Urteil vom 7.4.2009 (15 K 3337/08)	194
22	Grabgestaltung auf kirchlichem Friedhof. Niedersächsisches OVG, Beschluss vom 8.4.2009 (8 LA 6/09)	203
23	Photovoltaikanlage auf Kirchendach. VG Ansbach, Urteil vom 8.4.2009 (AN 3 K 08.009819)	207
24	Übertritt vom Islam zum christlichen Glauben als Nachfluchtgrund. VG Augsburg, Urteil vom 14.4.2009 (Au 6 K 08.30098)	217
25	Abweichung von den AVR im Arbeitsvertrag. LAG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 21.4.2009 (7 Sa 1821/08)	224
26	Beihilfe für Erstkommunionfeier. BayLSG, Urteil vom 24.4.2009 (L 11 AS 125/0)	235
27	Vorläufiger Rechtsschutz bei Besetzung eines sog. Konkordatslehrstuhls. BayVGH, Beschluss vom 30.4.2009 (7 CE 09.66.662)	242
28	Bigamische Imam-Ehe als Verstoß gegen die in Deutschland geltende Werteordnung. VG Karlsruhe, Urteil vom 30.4.2009 (9 K 4270/07) ...	252
29	Zuordnung einer Stiftung zur Kirche. VGH Baden-Württemberg, Urteil vom 8.5.2009 (1 S 2859/06)	258
30	Talaq-Scheidung unter Ahmadiyyas u. deutscher ordre public. OLG Frankfurt/M., Beschluss vom 11.5.2009 (5 WF 66/09)	284
31	Schmerzensgeldanspruch wegen kritischer Bemerkung über Kopftuch. LG Aurich, Beschluss vom 11.5.2009 (1 S 66/09)	287

32	Förderung der jüdischen Kultusgemeinden in Brandenburg. BVerfG, Beschluss vom 12.5.2009 (2 BvR 890/06)	290
33	Moschee im Gewerbegebiet. VG Karlsruhe, Urteil vom 12.5.2009 (2 K 4011/08)	316
34	Verkehrssicherungspflicht in einem Kirchengebäude. LG Bochum, Urteil vom 15.5.2009 (4 O 476/08)	324
35	Restitution einer Sache bei Widmung zu liturgischen Zwecken. BVerwG, Beschluss vom 19.5. 2009 (5 B 6/09)	328
36	Befreiung muslimischer Mädchen vom Schwimmunterricht. OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 20.5.2009 (19 B 1362/08, 19 E 1161/08)	333
37	Befreiung muslimischer Mädchen vom Schwimmunterricht. VG Düsseldorf, Beschluss vom 26.5.2009 (18 L 695/09)	341
38	Sondervollzeitdiener der Zeugen Jehovas, Weiterversicherung nach AFG. BSG, Urteil vom 3.6.2009 (B 12 AL 1/08 R)	344
39	Revisibilität des kirchl. Versorgungsrechts. BVerwG, Beschluss vom 4.6.2009 (2 B 28/09)	349
40	Einreisevisum für Imam. VG Berlin, Urteil vom 4.6.2009 (22 V 71.08)	353
41	Kündigung wegen Kirchenaustritts. ArbG Düsseldorf, Urteil vom 5.6.2009 (13 Ca 98/09)	359
42	Kein Kontrahierungszwang für Basis-Krankenversicherungen eines religiös orientierten Versicherungsvereins a.G. BVerfG, Beschluss vom 10.6.2009 (1 BvR 825, 831/08)	367
43	Bezugnahme auf Arbeitsordnung des kirchl. Arbeitgebers im Arbeitsvertrag. LAG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 11.6.2009 (26 Sa 2299/08)	379
44	Arbeitszeit eines Organisten am Sonntag. LAG Köln, Urteil vom 15.6.2009 (5 Sa 179/09)	391
45	Kirchgeld in glaubensverschiedener Ehe. FG Nürnberg, Urteil vom 18.6.2009 (6 K 49/2008)	397
46	Sonderurlaub f. Bezirkskongress der Zeugen Jehovas. OVG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 19.6.2009 (10 A 10042/09)	407
47	Kopftuchverbot für muslimische Erzieherin in einem kommunalen Kindergarten. LAG Baden-Württemberg, Urteil vom 19.6.2009 (7 Sa 84/0)	415

48	Ausbildung zum Diakon und ihre Förderung. VG Bayreuth, Urteil vom 22.6.2009 (B 3 K 08.203)	435
49	Zur Zulässigkeit der Bestimmung des männlichen Vornamens Djehad. KG Berlin, Beschluss vom 30.6.2009 (1 W 93/07)	440
50	Teilnahme muslimischer Schülerin am Schwimmunterricht - Verbindlichkeit einer elterlichen Einverständniserklärung. OVG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 30.6.2009 (19 B 801/09)	444

Abkürzungsverzeichnis

AE	Arbeitsrechtliche Entscheidungen
AfP	Archiv für Presserecht
AkKR	Archiv für katholisches Kirchenrecht
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AP	Arbeitsrechtliche Praxis
ArbR	Arbeitsrecht aktuell
ArbuR	Arbeit und Recht
ArztR	Arztrecht
AS RP-SL	Amtliche Sammlung von Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte von Rheinland-Pfalz und Saarland
AuAS	Ausländer- und asylrechtlicher Rechtsprechungsdienst
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BASS	Bereinigte Amtliche Sammlungen der Schulvorschriften NRW
BauR	Baurecht
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVGHE	Sammlung von Entscheidungen des bayerischen Verwaltungsgerichtshofes
BB	Der Betriebs-Berater
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
BetrAV	Betriebliche Altersversorgung
BFHE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BFH/NV	Sammlung amtlich nicht veröffentlichter Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BFH/PR	BFH-Richter kommentieren für die Praxis
BGBI. I	Bundesgesetzblatt Teil 1
BGHSt.	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BRS	Baurechtssammlung
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BStBl.	Bundessteuerblatt
Buchholz	Sammel- und Nachschlagewerk der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts
BV	Verfassung des Freistaates Bayern
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BWGZ	Die Gemeinde
CEDH/ECHR	European Court of Human Rights. Reports of judgments and decisions (ab 1999)
CIPR	CIPReport (Newsletter des Zentrums für Gewerblichen Rechtsschutz)
DB	Der Betrieb

DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DÖD	Der öffentliche Dienst
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DR	Decisions and Reports
DSB	Datenschutzberater
DStR	Deutsches Steuerrecht
DStRE	Deutsches Steuerrecht-Entscheidungsdienst
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung
DVBl..	Deutsches Verwaltungsblatt
EBE	Eildienst: Bundesgerichtliche Entscheidungen
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte
ESVGH	Entscheidungssammlung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs und des Verwaltungsgerichts- hofes Baden-Württemberg
EuGHE	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften. Sammlung der Entscheidungen
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EzA	Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht
EzA-SD	Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht. Schnelldienst
EzBAT	Entscheidungssammlung zum Bundesangestellten- Tarif und den ergänzenden Tarifverträgen
EzTöD	Entscheidungssammlung zum Tarifrecht im öffentlichen Dienst
FA	Fachanwalt Arbeitsrecht
FamRBint	Familien-Rechts-Berater international
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FEVS	Fürsorgerechtliche Entscheidungen der Verwaltungs- und Sozialgerichte
FF	Forum Familien- und Erbrecht
FGPrax	Praxis der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
FR	Finanz-Rundschau Ertragssteuerrecht
FuL	Forschung und Lehre
FuR	Familie und Recht
GABl.	Gemeinsames Amtsblatt
GewArch	Gewerbearchiv
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht/ Rechtsprechungsreport
HdbStKirchR	Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. v. Joseph Listl und Dietrich Pirson. 2. Aufl. Bde 1 u. 2. Berlin 1994-1995
HFR	Höchststrichterliche Finanzrechtsprechung
HGZ	Hessische Städte- und Gemeindezeitung
IBR	Immobilien- und Baurecht

Info BRS	Informationsdienst öffentliche Baurechtssammlung
Info M	Mietrecht und Immobilien
IÖD	Informationsdienst Öffentliches Dienstrecht
IPrax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRspr	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des internationalen Privatrechts
JA	Juristische Arbeitsblätter
JAmt	Das Jugendamt
JR	Juristische Rundschau
JuS	Juristische Schulung
Justiz	Die Justiz
JZ	Juristenzeitung
KGR Berlin	KG-Report Berlin
KirchE	Entscheidungen in Kirchensachen seit 1946
KommJur	Kommunaljurist
Kommunal-Praxis BY	Zeitschrift für Verwaltung, Organisation und Recht Ausgabe Bayern
KuR	Kirche und Recht
LAGE	Entscheidungen der Landesarbeitsgerichte
LKRZ	Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung
LS	Leitsatz
LT-Drs.	Landtagsdrucksache
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MedR	Medizinrecht
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins
NJ	Neue Justiz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift-Rechtsprechungsreport
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NuR	Natur und Recht
n.v.	nicht veröffentlicht in Entscheidungssammlungen und Zeitschriften
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht-Rechtsprechungs- report
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	NZA-Rechtsprechungsreport Arbeitsrecht
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

XIV	Abkürzungsverzeichnis
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
OLGR (mit Ortszusatz)	OLG-Report: Zivilrechtsprechung der Oberlandesgerichte
OK	Ordenskorrespondenz
OVGE	Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster und für das Land Niedersachsen in Lüneburg
PersR	Der Personalrat
PersV	Die Personalvertretung
PfIR	PflegeRecht
PKR	Pflege- & Krankenhausrecht
PStR	Praxis Steuerstrafrecht
RdA	Recht der Arbeit
RDG	Rechtsdepesche für das Gesundheitswesen
RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesens
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RiA	Das Recht im Amt
RJD	Reports of Judgements and Decisions
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
SächsVBl	Sächsische Verwaltungsblätter
Schütz BeamtR	Schütz Beamtenrecht des Bundes und der Länder
StAZ	Zeitschrift für Standesamtswesen
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit
StE	Steuer-Eildienst
StraFo	Strafverteidiger Forum
StRR	StrafRechtsReport
ThürVBl	Thüringer Verwaltungsblätter
UA	Urteilsausfertigung
Ubg	Die Unternehmensbesteuerung
UR	Umsatzsteuer-Rundschau
UVR	Umsatzsteuer- und Verkehrssteuer-Recht
UPR	Umwelt- und Planungsrecht
UStB	Der Umsatz-Steuer-Berater
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VersR	Versicherungsrecht
VGHE	Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofs
VR	Verwaltungsrundschau
WissR	Wissenschaftsrecht
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht (bis 1996 Zeitschrift für Wirtschaft, Steuer, Strafrecht)

WM	Wertpapiermitteilungen
WPg	Die Wirtschaftsprüfung
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WzS	Wege zur Sozialversicherung
ZAP	Zeitschrift für die Anwaltspraxis
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht
ZevKR	Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht
ZfPR online	Rechtsprechungsdienst der Zeitschrift für Personalvertretungsrecht
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht
ZKF	Zeitschrift für Kommunalfinanzen
ZLW	Zeitschrift für Luft- und Weltraumrecht
ZMV	Die Mitarbeitervertretung
ZOV	Zeitschrift für offene Vermögensfragen
ZSt	Zeitschrift zum Stiftungswesen
ZSteu	Zeitschrift für Steuern und Recht
ZTR	Zeitschrift für Tarifrecht
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht
ZVI	Zeitschrift für Verbraucherinsolvenzrecht

1

Nach den Umständen des Einzelfalls reichen Mitgliedschaft und Betätigung in der bzw. für die Scientology Organisation nicht aus, um die Abgabe und Weiterleitung eines negativen Votums seitens des Bundesamtes für Verfassungsschutz (hier: anlässlich des Akkreditierungsverfahrens für die Fußball-Weltmeisterschaft 2006) zu rechtfertigen.

VG Köln, Urteil vom 15. Januar 2009 - 20 K 1673/07¹ -

Der Kläger ist beruflich selbständig und bietet Dienstleistungen im Rahmen der Organisation von Veranstaltungen sowie bei der Einrichtung und Bedienung der technischen Ausrüstung an. Mit seinen Dienstleistungen bewarb er sich im Jahre 2006 bei der Firma X & Y-GmbH Veranstaltungstechnik in E., die Verträge im Zusammenhang mit der Veranstaltungstechnik für die Fußballweltmeisterschaft 2006 zu vergeben hatte. Diese Firma teilte die beabsichtigte Beauftragung des Klägers der Akkreditierungsabteilung des Organisationskomitees des Deutschen Fußball-Bundes e.V. mit, von dem sie mit E-Mail vom 6.4.2006 informiert wurde, dass dem Antrag des Klägers auf Akkreditierung für die Fußballweltmeisterschaft nicht entsprochen werden könne. Des Weiteren teilte die Akkreditierungsabteilung des Organisationskomitees mit, dass der Kläger sich schriftlich bei dem für ihn zuständigen Landeskriminalamt über den Grund der Versagung der Akkreditierung informieren könne. Beide E-Mails wurden von der Firma X & Y-GmbH an den Kläger weitergeleitet, der am 26.4.2006 beim Landeskriminalamt Schleswig-Holstein Widerspruch gegen die Ablehnung seiner Akkreditierung einlegte. Das Landeskriminalamt Schleswig-Holstein teilte daraufhin dem Kläger mit Fax vom 27.4.2006 mit, dass die Ablehnung der Akkreditierung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln erfolgt sei, dem das Schreiben des Klägers zuständigkeitshalber weitergeleitet worden sei. Das Bundesamt für Verfassungsschutz teilte dem Kläger unter dem 24.5.2006 mit, dass es wegen seiner Mitgliedschaft und seiner Aktivitäten für die Scientology-Organisation Bedenken gegen die Akkreditierung erhoben habe.

Mit Schreiben vom 7.6.2006 beantragte der Kläger bei der Beklagten, ihm Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten zu erteilen,

¹ NVwZ-RR 2009, 451 (LS). Das LG Köln (Urteil vom 26.5.2011 - 5 O 267/10 - NVwZ-RR 2012, 94 [LS]) hat aufgrund der Feststellungen des Verwaltungsgerichts dem Kläger einen Schadenersatzanspruch wegen Amtspflichtverletzung zuerkannt.

insbesondere auch über die Herkunft der Daten und an wen diese weitergegeben worden seien.

Mit Bescheid vom 6.9.2006 erteilte die Beklagte dem Kläger Auskunft über 6 gespeicherte Informationen, lehnte jedoch eine weitergehende Auskunftserteilung gestützt auf § 15 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 sowie Nr. 2 BVerfSchG ab. Den hiergegen eingelegten Widerspruch des Klägers wies das Bundesamt für Verfassungsschutz zurück.

Mit seiner hierauf erhobenen Klage begehrt der Kläger die Feststellung, dass die Weitergabe personenbezogener Daten rechtswidrig war. Zur Begründung trägt er vor, dass er ein herausragendes Interesse an einer Rehabilitierung habe, denn er werde durch die Übermittlung der Daten bei den Empfängern als Extremist an den Pranger gestellt. Es bestehe auch die Gefahr einer Wiederholung der Beeinträchtigungen, denn er wolle sich im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit auch in Zukunft bei solchen Projekten bewerben, die denen der Fußball-Weltmeisterschaft vergleichbar sind. Des Weiteren beabsichtige er, Schadensersatz von der Beklagten zu verlangen. In der Sache habe die Beklagte rechtswidrig gehandelt, weil es für die Übermittlung von Daten zu seiner Person an einer rechtlichen Grundlage gefehlt habe. Soweit sich die Beklagte diesbezüglich auf eine von ihm, dem Kläger, angeblich abgegebene schriftliche Einwilligungserklärung im Akkreditierungs-Antragsformular berufe, sei klarzustellen, dass er eine solche Erklärung zu keinem Zeitpunkt abgegeben habe. Eine Einverständniserklärung sei auch nicht über die Firma X & Y abgegeben worden, diese habe von ihm im Rahmen des zu vergebenden Auftrages vielmehr lediglich eine Kopie seines Personalausweises verlangt.

In der mündlichen Verhandlung vor der erkennenden Kammer sind Vertreter des Bundesamtes für Verfassungsschutz angehört worden. Sie haben für die Beklagte ergänzend ausgeführt, dass das Bundesamt seinerzeit nochmals Rücksprache mit dem BKA genommen und die Information erhalten habe, dass der Kläger auch als Stadionsprecher eingesetzt werden sollte. Wesentlicher Grund für das abgegebene Votum sei die Mitgliedschaft in der Scientology Kirche gewesen, für die der Kläger sehr aktiv sei. So werde er in mehreren Zeitschriften der Organisation als eine Person erwähnt, die erfolgreich Propaganda für die Organisation betrieben habe. In die Gesamtbewertung sei allerdings auch mit eingeflossen die frühere Tätigkeit des Klägers als Privatdetektiv. Es sei durch einen älteren Spiegel-Bericht bekannt, dass der Kläger früher als Privatdetektiv einzelne Mitarbeiter von Behörden bespitzelt habe.

Das Feststellungsbegehren geht dahin, dass die Übermittlung eines negativen Votums seitens des Bundesamtes für Verfassungsschutz an das Bundeskriminalamt aus den vorgenannten Gründen (wesentlicher Grund für das abgegebene Votum war die bereits genannte Mitgliedschaft in der Scientologykirche; in die Gesamtbewertung ist allerdings auch mit eingeflossen die vorher dargestellte Tätigkeit als Privatdetek-

tiv) im Rahmen des Akkreditierungsverfahrens für die FIFA-Fußballweltmeisterschaft in Deutschland 2006 rechtswidrig war.

Die Beklagte hält die Klage für unbegründet und trägt vor, dass Grundlage für die Zuverlässigkeitsüberprüfung der gestellte Akkreditierungsantrag sowie die Einwilligungserklärung des Klägers zur weiteren Datenverarbeitung, insbesondere zur Zuverlässigkeitsüberprüfung gewesen sei. Mit dem Akkreditierungsantrag sei eine wirksame Einwilligung gemäß § 4 a) BDSG zur Datenverarbeitung im Rahmen der Zuverlässigkeitsüberprüfung erteilt worden. Auf dieser Grundlage habe das Bundesamt für Verfassungsschutz gegenüber dem BKA hinsichtlich des Klägers ein negatives Votum abgegeben, da in dessen Person tatsächliche Anhaltspunkte für die Gefahr der Begehung extremistischer Propagandadelikte oder sonstige Handlungen mit extremistischem Hintergrund vorlägen, die geeignet gewesen seien, die öffentliche Sicherheit oder auswärtige Belange oder das Ansehen Deutschlands zu gefährden oder zu beschädigen. Grundlage hierfür seien die Aktivitäten des Klägers für die Scientology Organisation gewesen. Im Übrigen habe der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit am 11.5.2006 das Akkreditierungsverfahren im Allgemeinen sowie die Fälle, in denen das Bundesamt für Verfassungsschutz ein negatives Votum abgegeben hatte, geprüft und nicht beanstandet. Gegenstand seiner Prüfung sei auch die Ablehnung der Akkreditierung des Klägers gewesen. Sie gehe angesichts des Ablaufes des Akkreditierungsverfahrens für die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 auch weiterhin davon aus, dass der Kläger die vorgesehene Einwilligungserklärung, die in der „Datenschutzinformation“ enthalten gewesen sei, abgegeben habe. Insbesondere sei der Kläger auch ihrer Darstellung im Bescheid vom 24.5.2006, dass ihm die Datenschutzinformation bekannt sei, im Vorverfahren nicht entgegengetreten. Letztlich könne die Frage, ob die „Datenschutzinformation“ dem Kläger vorgelegt und von diesem unterzeichnet worden sei, nur durch eine Zeugenvernehmung geklärt werden.

Die Klage hatte Erfolg. Das Verwaltungsgericht stellt fest, „dass die Übermittlung eines negativen Votums seitens des Bundesamtes für Verfassungsschutz an das Bundeskriminalamt im Rahmen des Akkreditierungsverfahrens für die FIFA-Fußballweltmeisterschaft in Deutschland 2006 rechtswidrig war“.

Aus den Gründen:

[12] Die Klage ist zulässig.

[13] Streitgegenständlich ist im vorliegenden Klageverfahren - und war dies unbeschadet der Umstellung des Klageantrages von Beginn an - die Frage, ob die Abgabe und Weiterleitung eines negativen Votums seitens des Bundesamtes für Verfassungsschutz anlässlich des Akkreditie-

rungsverfahrens für die Fußballweltmeisterschaft 2006 rechtswidrig oder rechtmäßig war. Dabei hat sich der Kläger nicht nur auf die von ihm behauptete fehlende Einwilligungserklärung berufen, sondern auch auf die nach seiner Meinung unberechtigte Ablehnungsempfehlung zu seiner Person. Für die vom Kläger insoweit erhobene Feststellungsklage nach § 43 VwGO liegt insbesondere das erforderliche berechnete Interesse vor, denn im Hinblick auf die vom Kläger auch weiterhin ausgeübte berufliche Tätigkeit besteht in hinreichendem Maße Wiederholungsgefahr, nämlich dass für Akkreditierungen bei anderen Großereignissen die wiederholte Anwendung des hier durchgeführten Verfahrens nicht ausgeschlossen werden kann. So ist - dies ist gerichtsbekannt - ein weitgehend gleiches Akkreditierungsverfahren mit einer Zuverlässigkeitsüberprüfung durch die Polizei- und Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder sowie der entsprechenden Datenübermittlung auch für den G8-Gipfel in Heiligendamm im Frühjahr 2007 durchgeführt worden (mit Abweichungen, was die dortige „Datenschutzinformation“ anbetrifft). Auch hat die Beklagte in der mündlichen Verhandlung ausdrücklich erklärt, dass sich dieses Verfahren bewährt habe und eine erneute Anwendung nicht auszuschließen sei, wenn auch derzeit ein konkreter Anwendungsfall nicht absehbar sei.

[14] Die Klage ist auch begründet.

[15] Der Kläger hat einen Anspruch auf Feststellung, dass die Weiterleitung des vom Bundesamt getroffenen negativen Votums (an das BKA, das dann seinerseits die abschließende Empfehlung der Akkreditierungsabteilung des Organisationskomitees des Deutschen Fußball-Bundes e.V. übermittelte) rechtswidrig war.

[16] Dabei kann dahinstehen, ob der Kläger, was dieser bestreitet, persönlich die Einwilligungserklärung abgegeben hat, dass er nach Maßgabe der für das Akkreditierungsverfahren erstellten Datenschutzinformation der Datenverarbeitung, insbesondere der Zuverlässigkeitsüberprüfung durch die Polizei- und Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, zustimme. Diesbezüglich ist der Beklagten allerdings einzuräumen, dass es nicht ohne weiteres nachvollziehbar ist, dass bei einer fehlenden Einverständniserklärung des Klägers die Akkreditierungsunterlagen von dem Organisationskomitee an das BKA und von diesem an das Bundesamt für Verfassungsschutz weitergeleitet worden sind. Andererseits erscheint es im Hinblick darauf, dass es sich bei dem Akkreditierungsverfahren für die Fußballweltmeisterschaft 2006 um ein Massenverfahren gehandelt hat, nicht ausgeschlossen, dass dem Organisationskomitee ein Fehler unterlaufen sein könnte. Dieser Fragenkomplex bedurfte indes keiner weiteren Aufklärung seitens des Gerichtes, denn jedenfalls war - und auch dies war vom Gericht in Ansehung des klägerischen Vorbringens zu überprüfen - nach den sich bietenden Umständen die Abgabe und Weiterleitung eines negativen Votums („reject“) betreffend den Kläger wegen seiner Mitgliedschaft und Betätigung in/für die

Scientology Organisation rechtswidrig. Soweit sich die Beklagte diesbezüglich auf den erstellten Kriterienkatalog, wie er in der Datenschutzzinformation wiedergegeben ist, beruft, sind diese Kriterien nach Auffassung der Kammer in der Person des Klägers im Zusammenhang mit der von ihm beworbenen Tätigkeit bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 nicht erfüllt. Der konkret zu vergebene Auftrag hatte seinerzeit die Einspielung von Musikbeiträgen über die Audioanlagen der Fußballstadien, insbesondere die Einspielung der jeweiligen Nationalhymnen der spielenden Nationalmannschaften umfasst. Nach dem Akteninhalt kann nicht festgestellt werden, dass vor dem Hintergrund einer solchen Tätigkeit in der Person des Klägers „tatsächliche Anhaltspunkte für die Gefahr der Begehung extremistischer Propagandadelikte oder sonstiger Handlungen mit extremistischem Hintergrund, die geeignet sind, die öffentliche Sicherheit oder auswärtige Belange oder das Ansehen Deutschlands zu gefährden oder zu beschädigen“, vorgelegen haben (wie es das Bundesamt für Verfassungsschutz in dem Antwortschreiben an den Kläger vom 24.5.2006 ausgeführt hat). Unstreitig ist der Kläger allerdings Mitglied in der Scientology Organisation, und es liegen dem Bundesamt für Verfassungsschutz Informationen vor, wonach er für diese Organisation erfolgreich geworben hat. Dies reicht indes nicht für die Annahme des Vorliegens tatsächlicher Anhaltspunkte für die Gefahr einer extremistischen Betätigung des Klägers bei der Fußballweltmeisterschaft aus. Das Gericht verkennt dabei nicht, dass die „Scientology Kirche Deutschland e.V.“ durch das Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet wird und diese Beobachtung sowohl von der erkennenden Kammer als auch vom Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen für zulässig erachtet worden ist (vgl. VG Köln, Urteil vom 11.11.2004 - 20 K 1882/03 -; OVG NRW, Urteil vom 12.2.2008 - 5 A 130/05 - KirchE 51, 16).

[18] Es ist indes nicht erkennbar, inwiefern der Kläger als technischer Mitarbeiter bei der Einspielung von Musikbeiträgen für Scientology Propaganda in dem in der Datenschutzzinformation beschriebenen Sinne hätte machen können und wollen. Konkrete Anhaltspunkte für eine Gefahr von Handlungen des Klägers, die geeignet gewesen wären, etwa das Ansehen Deutschlands zu gefährden, sind von der Beklagten nicht in hinreichendem Maße dargelegt worden. Dies gilt auch für die in der mündlichen Verhandlung erstmals erwähnte Zusatzinformation, wonach der Kläger auch als Stadionsprecher habe eingesetzt werden sollen. Diese „Zusatzinformation“ bleibt vage; eine derartige Aufgabenübertragung erscheint auch im Hinblick auf die berufliche Tätigkeit des Klägers und die bei der Fußballweltmeisterschaft vorgesehene Aufgabenverteilung völlig fernliegend. Im Übrigen war diese Information - soweit ersichtlich - auch nicht ausschlaggebend für das „reject“-Votum. Entsprechendes gilt auch für die in der mündlichen Verhandlung von der Beklagten zusätzlich angeführte frühere Tätigkeit des Klägers als Privatdetektiv. Auch

insoweit fehlt es an hinreichend aussagekräftigen, konkreten Darlegungen, die belegen könnten, dass der Kläger bei der von ihm konkret angestrebten Tätigkeit bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 die in der Datenschutzzinformation aufgeführten Kriterien in seiner Person erfüllt hätte. Die ablehnende Empfehlung zu der vom Kläger beantragten Akkreditierung für dieses Ereignis war nach alledem nicht gerechtfertigt.

2

Die Gewährung von Renten- und Sozialversicherungsleistungen nach einem verstorbenen Ehegatten kann davon abhängig gemacht werden, dass die Ehe nach weltlichem (nicht nur nach religiösem) Recht gültig geschlossen war.

Art. 8, 14 EMRK, 1 Erstes Zusatzprotokoll
EGMR, Urteil vom 20. Januar 2009 - 3976/05
(Şerife Yiğit ./Türkei)¹ -

THE FACTS

I. The circumstances of the case

[9] The applicant was born in 1954 and lives in İslahiye.

[10] She was the partner of Ömer K. (Ö.K.), a farmer whom she married in a religious ceremony in 1976 and with whom she had six children. Ö.K. died on 10 September 2002. The applicant stated that on that date, while she and her partner had been making preparations for an official marriage ceremony, Ö.K. had died following an illness.

A. Proceedings before the District Court

[11] On 11 September 2003 the applicant brought proceedings before the İslahiye District Court on her own behalf and on behalf of her daughter Emine seeking rectification of the entry concerning her in the civil status register. She requested that her religious marriage to Ö.K. be recognised and that her daughter be entered in the register as the deceased's daughter.

[12] In a judgment of 26 September 2003 the District Court refused the applicant's request concerning her religious marriage but granted the request for Emine to be entered in the register as Ö.K.'s daughter. As no appeal was lodged, the judgment became final.

¹ DÖV 2010, 40 (LS). Auch vor der Großen Kammer blieb die Beschwerdeführerin ohne Erfolg; EGMR, Urteil vom 2.11.2010 - 3976/05 (Şerife Yiğit ./Türkei) -.

B. Proceedings before the Labour Court

[13] On an unspecified date the applicant requested the Hatay retirement pension fund („Bağ-Kur“) to award her and her daughter Emine a survivor's pension and health insurance cover on the basis of her late partner's entitlement. The fund refused the request.

[14] On 20 February 2003 the applicant applied to the İslahiye Labour Court to have that decision set aside. On 20 May 2003 the latter decided that it had no jurisdiction *ratione loci* and that the case should be heard by the Hatay Labour Court.

[15] In a judgment of 21 January 2004 the Hatay Labour Court, in a ruling based on the judgment of the İslahiye District Court, found that the applicant's marriage to Ö.K. had not been validated. Accordingly, since the marriage was not legally recognised, the applicant could not be subrogated to the deceased's rights. However, the court set aside the retirement fund's decision in so far as it related to Emine and granted her the right to claim a pension and health insurance cover on the basis of her deceased father's entitlement.

[16] On 10 February 2004 the applicant appealed on points of law to the Court of Cassation. She argued that the extract from the civil status register stated that she was the wife of Ö.K., who was registered in the village of Kerküt. She explained that in 1976 she had married Ö.K. in accordance with custom and practice. The couple had had six children. The first five children had been entered in the civil status register in 1985 under their father's name, while the last child, Emine, born in 1990, had been entered under her mother's name in 2002. The applicant asserted that, unlike her six children, she had been unable to claim a pension or health insurance cover based on her deceased partner's entitlement.

[17] In a judgment of 3 June 2004, served on the applicant on 28 June 2004, the Court of Cassation upheld the impugned judgment.

II. Relevant domestic law and practice

A. Legislation

1. Civil Code

[18] Article 134 of the Civil Code provides:

„A man and a woman who wish to contract a marriage must apply together to the civil status registrar in the place of residence of either one of them. The civil status registrar [who is to perform the ceremony] shall be the mayor in the case of a municipality, or the official whom he or she has designated for the purpose, or the muhtar in the case of a village.“

[19] Articles 135 to 144 of the Civil Code lay down the substantive and formal conditions governing the solemnisation of marriage between men and women.

[20] Article 143 of the Code reads as follows:

„At the close of the [civil] marriage ceremony the official shall issue the couple with a family record book.

No religious ceremony may be performed without the family record book being produced.

The validity of the [civil] marriage is not linked to the performance of a religious ceremony.“

[21] Article 176 § 3 of the Civil Code concerning maintenance payments provides that maintenance in the form of an allowance or periodic payments ceases to be due when the recipient remarries or one of the two parties dies, or if the recipient is living in a de facto marital relationship outside marriage, is no longer in financial need or has an immoral lifestyle.

2. Criminal Code

[22] The sixth paragraph of Article 230 of the Criminal Code reads as follows:

„Any person who solemnises a religious marriage without having seen the document certifying that a marriage ceremony was performed in accordance with the law shall be liable to a term of imprisonment of between two and six months.“

3. Code of Obligations

[23] Article 43 of the Code of Obligations concerns the determination of compensation awards depending on the circumstances and the seriousness of the fault. Article 44 of the Code deals with reductions in compensation awards. Article 45 concerns awards for damages following a death: persons deprived of financial support as the result of a death must receive compensation for loss of income.

4. Social Security Act

[24] Section 23(b) and (c) of the Social Security Act (Law no. 506) lists the persons eligible for a survivor's pension on the death of a spouse (where a civil marriage has taken place).

[25] Sections 32 to 34 of the General Health and Social Security Act (Law no. 5510) set out the circumstances in which the persons entitled under the deceased (where there was a civil marriage) may claim a survivor's pension, and the method used to calculate the amount.

5. Law no. 5251 of 27 October 2004 on the organisation and functions of the Directorate-General for the Status of Women

[26] The aim of this Law is to safeguard women's social, economic, cultural and political rights and to combat all forms of discrimination against women and improve their level of educational attainment.

6. Law no. 3716 of 8 May 1991 on the correct recording of the parentage of children born within or outside marriage and those born of a relationship not based on a marriage certificate

[27] As its title indicates, this Law (repealed on 16 May 1996) dealt with the recording in the civil status register under the father or mother's name of children born within or outside civil marriage and with the regularisation of the situation of children whose parents had not contracted a civil marriage. The new Civil Code, which entered into force on 8 December 2001, no longer distinguishes between children born within and outside marriage.

B. Case-law

1. Court of Cassation

[28] In a judgment of 28 May 2007 (E. 2007/289, K. 2007/8718), the Twenty-First Division of the Court of Cassation quashed a first-instance judgment on the ground that a woman married in accordance with religious rites should be paid compensation under Articles 43 and 44 of the Code of Obligations following the death of her partner in a work-related accident.

[29] In a judgment of 11 September 1990 (E. 1990/4010, K. 1990/6972), the Tenth Division of the Court of Cassation set aside a first-instance judgment awarding compensation to a woman living in a religious marriage following the death of her partner in a work-related accident. After reiterating that marriage was a legal institution, that a religious union between two persons of opposite sex could not be recognised as a marriage and that section 23(c) and (b) of the Social Security Act (Law no. 506) guaranteed compensation only to the children born of a marriage or a union other than marriage, the Court of Cassation ruled that the children were entitled to social security cover following the death of their father, but that the father's partner was not. The court held that in the absence of legislation on the subject, the social security agency could require the woman in question to repay the sums wrongly paid to her after her partner's death.

[30] By a judgment of 11 December 2003 (E. 2003/14484, K. 2003/14212), on the basis of Article 176 § 3 of the Civil Code, the Third Division of the Court of Cassation set aside a judgment of the lower court on

the ground that a former husband was no longer required to pay maintenance to his ex-wife since the latter was living in a de facto marital relationship with another man, albeit without a marriage certificate, and the couple had a child together.

[31] In a judgment of 6 June 2000 (E. 2000/3127, K. 2000/4891) the Fourth Division of the Court of Cassation overturned a criminal court ruling acquitting an imam who had performed a religious marriage ceremony without first checking the document proving that a civil marriage had taken place in accordance with the law.

2. Supreme Administrative Court

[32] In a judgment of 17 October 1997 (E. 1995/79, K. 1997/479) the General Assembly of the plenary Supreme Administrative Court (Danıştay Dava Daireleri Genel Kurulu) upheld a first-instance judgment, thereby overturning the judgment of the Tenth Division of the Supreme Administrative Court, on the ground that the children and surviving partner from a religious marriage should be awarded compensation after their father and partner was accidentally killed (by police bullets fired on the fringes of a demonstration). The General Assembly observed that the action had been brought by the surviving partner on her own behalf and that of her children, that four children had been born of the relationship, resulting from a religious marriage, and that following the man's death, the children and their mother had been deprived of his financial support (*destekten yoksun kalma tazminatı*). It pointed out that, while domestic law did not afford protection to or validate such a union, the couple had had children together whose births had been recorded under the parents' names in the civil status register and the deceased had supported the family financially. Accordingly, it awarded compensation to the children and their mother on account of the man's death.

3. Observations on the domestic law and case-law

[33] As cohabitation on the basis of religious marriage is a social reality, the courts apply two principles of civil liability in awarding compensation to women whose partner in a religious marriage has died:

(a) compensation for pecuniary and non-pecuniary damage (*maddi ve manevi tazminat*) on the basis of Articles 43 and 44 of the Code of Obligations;

(b) compensation for loss of financial support (*destekten yoksun kalma tazminatı*) following a death, on the basis of Article 45 of the Code of Obligations.

[34] In the specific context of Article 176 § 3 of the Civil Code, the legislation refers to couples living together as de facto man and wife without having contracted a civil marriage. In practice, this means religious marriage, and there is no requirement to continue paying maintenance to the

other party in the situations contemplated (see paragraph 21 above). However, the Court of Cassation does not award the two types of compensation referred to in the previous paragraph in the case of same-sex or adulterous relationships, which are deemed to run counter to morals (see, for example, the judgment of the Twenty-First Division of the Court of Cassation of 11 October 2001 (E. 2001/6819, K. 2001/6640)).

[35] The legislature does not recognise any form of opposite-sex or same-sex cohabitation or union other than civil marriage. The domestic courts interpret the law very strictly. The fact that the general principles articulated in the Civil Code and the Code of Obligations are applied cannot be viewed as tacit or de facto recognition of religious marriage. Although the domestic courts award surviving partners compensation on the basis of general principles of civil liability - which cannot be equated with the principles governing social security or civil marriage - they never grant them survivor's pensions or social security benefits based on the deceased partner's entitlement.

C. Background to the case

1. History

[36] Under Islamic law, a religious marriage requires the presence of two male witnesses (or one man and two women). The marriage is solemnised simply by the couple exchanging vows in the presence of the witnesses, without the need for a cleric (imam or equivalent) to be present or for an official document to be drawn up. Under the Ottoman empire, following a decision taken by the supreme Sunni religious authority, the Sheikh-ul-Islam, the presence of an imam or a kadı (judge) became compulsory for all marriage ceremonies, on pain of penalties. This practice became widely established, and nowadays the presence of an imam is required. Muslim marriages also include a pecuniary element in the form of a dowry (mahr).

[37] Islamic law, save in some specific circumstances (for instance, the death of the husband), recognises repudiation (talâk) as the sole means of dissolving a marriage. This is a unilateral act on the part of the husband, who dismisses his wife and thereby severs the marital bond. It entails the husband explicitly repudiating his wife by saying the required form of words three times to her (for example: „I repudiate you“ or „You are repudiated“).

2. The Republic

[38] The Turkish Republic was founded on a secular basis. Before and after the proclamation of the Republic on 29 October 1923, the public and religious spheres were separated through a series of revolutionary reforms: the abolition of the caliphate on 3 March 1923; the repeal of the

constitutional provision declaring Islam the religion of the State on 10 April 1928; and, lastly, on 5 February 1937, an amendment to the Constitution according constitutional status to the principle of secularism (see Article 2 of the 1924 Constitution and Article 2 of the Constitutions of 1961 and 1982). The principle of secularism was inspired by developments in Ottoman society in the period between the nineteenth century and the proclamation of the Republic (see *Leyla Şahin v. Turkey* [GC], no. 44774/98, §§ 30-32, ECHR 2005-XI).

[39] One of the major achievements of the Civil Code was the institution of compulsory monogamous civil marriage between men and women, requiring religious marriages to be preceded by a civil ceremony. The new Civil Code, which entered into force on 8 December 2001, does not cover any forms of cohabitation other than marriage. The national parliament chose not to enact legislation in this sphere.

3. The Religious Affairs Directorate

[40] According to the Religious Affairs Directorate (Diyanet İşleri Başkanlığı), imams, who are appointed by the Directorate, are expressly required to verify that the future husband and wife have been married by a civil status registrar. The „religious“ ceremony before an imam appointed by the Directorate is a mere formality which entails little solemnity. The civil marriage takes precedence over the religious marriage.

III. Comparative law

[41] Of the thirty-six countries surveyed in a comparative-law study, fourteen (Cyprus, the Czech Republic, Denmark, Finland, Greece, Ireland, Italy, Latvia, Lithuania, Malta, Poland, Portugal, Spain and the United Kingdom) recognise varying forms of religious marriage. Exclusively religious marriages are not recognised and are treated on the same footing as cohabitation in the following countries: Albania, Armenia, Austria, Azerbaijan, Belgium, Bosnia and Herzegovina, Bulgaria, Estonia, France, Georgia, Germany, Hungary, Luxembourg, Moldova, Monaco, the Netherlands, Romania, Serbia, Slovenia, Switzerland, „the former Yugoslav Republic of Macedonia“ and Ukraine.

[42] Of the thirty-six countries surveyed, four (France, Greece, Portugal and Serbia) expressly recognise cohabitation. In other countries, although such arrangements are not expressly recognised, they produce legal effects to one degree or another. This is the case in Austria, Belgium, the Czech Republic, Denmark, Hungary, Italy, the Netherlands, Slovenia and Switzerland. However, the majority of States do not recognise cohabitation at all (Albania, Armenia, Azerbaijan, Bosnia and Herzegovina, Bulgaria, Cyprus, Estonia, Finland, Georgia, Germany, Ireland, Latvia, Lithuania, Luxembourg, Malta, Moldova, Monaco, Poland, Romania, „the former Yugoslav Republic of Macedonia“, Ukraine and the United Kingdom).

[43] In twenty-four countries (Armenia, Austria, Azerbaijan, Belgium, Bosnia and Herzegovina, Cyprus, the Czech Republic, France, Germany, Greece, Hungary, Ireland, Luxembourg, Moldova, Monaco, the Netherlands, Poland, Romania, Serbia, Slovenia, Spain, Switzerland, „the former Yugoslav Republic of Macedonia“ and Ukraine), the national legislation allows the surviving spouse, subject to certain conditions, to claim benefits based on the deceased's social security entitlements. Of these countries, only six (Austria, Belgium, France, Hungary, the Netherlands and Spain) extend this right to cohabitants. In most of the member States of the Council of Europe, only married couples who have contracted a civil marriage qualify for health insurance cover on the death of one of the partners; hence, cohabitants are not eligible.

[44] In Denmark, Hungary, the Netherlands, Portugal, Slovenia and Spain a survivor's pension may be awarded to a surviving cohabitant in certain circumstances. In the vast majority of countries which have a survivor's pension, cohabitants are not eligible to receive it.

THE LAW

I. The Government's preliminary objection

A. *The Chamber judgment*

[45] Before the Chamber, the Government raised an objection of failure to exhaust domestic remedies. They pointed out that the applicant had brought proceedings before the İslahiye District Court seeking recognition of her religious marriage to her deceased partner. The action had been dismissed by the court and the applicant had not appealed against that decision to the Court of Cassation.

[46] In its judgment, the Chamber dismissed the Government's preliminary objection, reasoning as follows:

„19. The Court observes that the applicant complained that her application concerning her deceased partner's retirement pension and health insurance rights had been rejected by the Hatay Labour Court on 21 January 2004. That judgment was upheld by the Court of Cassation judgment of 3 June 2004, served on the applicant on 28 June 2004. The applicant lodged her application with the Court on 6 December 2004, that is to say, within the six-month time-limit laid down by Article 35 § 1 of the Convention. Accordingly, the Government's objection must be dismissed.“

B. *The parties' submissions*

[47] The Government reiterated the same preliminary objection before the Grand Chamber.

[48] The applicant maintained that she had exhausted domestic remedies, pointing out that she had applied unsuccessfully to the domestic

courts for a survivor's pension and social security benefits based on her partner's entitlement.

C. The Court's assessment

[49] The Court observes that after the death of her partner the applicant first lodged an action with the İslahiye District Court seeking rectification of the entry concerning her in the civil status register, with a view to having her religious marriage recognised and having her daughter registered as her partner's daughter. She subsequently lodged another action, this time with the Hatay Labour Court, seeking to obtain a survivor's pension and social security benefits based on her late partner's entitlement. Hence, by complaining in substance of her inability to obtain those benefits the applicant made use, without success, of an appropriate and available remedy before the Hatay Labour Court, whose judgment was upheld by the Court of Cassation.

[50] Accordingly, the Grand Chamber agrees with the Chamber's conclusion. It reiterates in that regard that an applicant must have made normal use of domestic remedies which are likely to be effective and sufficient and that, when a remedy has been pursued, use of another remedy which has essentially the same objective is not required (see *Kozacıoğlu v. Turkey* [GC], no. 2334/03, § 40, ECHR 2009 -..., and *Micallef v. Malta* [GC], no. 17056/06, § 58, ECHR 2009 -...). It follows that the Government's objection as to non-exhaustion of domestic remedies must be dismissed.

II. The nature of the applicant's complaint

[51] The Grand Chamber observes that the Chamber examined the applicant's complaint from the standpoint of Article 8 of the Convention only. However, it should be reiterated that the scope of the Grand Chamber's jurisdiction in cases submitted to it is limited only by the Chamber's decision on admissibility (see *Perna v. Italy* [GC], no. 48898/99, § 23, ECHR 2003-V, and *Azinas v. Cyprus* [GC], no. 56679/00, § 32, ECHR 2004-III). Within the compass thus delimited, the Grand Chamber may deal with any issue of fact or law that arises during the proceedings before it (see *Powell and Rayner v. the United Kingdom*, 21 February 1990, § 29, Series A no. 172; *Philis v. Greece* (no. 1), 27 August 1991, § 56, Series A no. 209; *Guerra and Others v. Italy*, 19 February 1998, § 44 in fine, RJD 1998-I; and *Scoppola v. Italy* (no. 2) [GC], no. 10249/03, § 48, ECHR 2009 -...).

[52] Furthermore, since the Court is master of the characterisation to be given in law to the facts of the case, it is not bound by the characterisation given by the applicant or the Government. By virtue of the *jura novit curia* principle, it has, for example, considered of its own motion complaints under Articles or paragraphs not relied on by the parties and even under a provision in respect of which the Court had declared the complaint to be inadmissible while declaring it admissible under a differ-

ent one. A complaint is characterised by the facts alleged in it and not merely by the legal grounds or arguments relied on (see Scoppola, cited above, § 54; Powell and Rayner, cited above, § 29; and Guerra and Others, cited above, § 44). By virtue of Article 43 of the Convention, it is the whole case, embracing all aspects of the application previously examined by the Chamber, which is referred to the Grand Chamber to be decided afresh by means of a new judgment (see, among other authorities, Göç v. Turkey [GC], no. 36590/97, § 36, ECHR 2002-V). The Grand Chamber may proceed in the same manner in the present case.

[53] For that reason the Grand Chamber invited the parties, in their observations and pleadings before it, to also address the issue of compliance in the instant case with Article 14 of the Convention taken in conjunction with Article 1 of Protocol No. 1. In the light of their submissions, it considers it necessary to first examine the applicant's complaint from the standpoint of those provisions.

III. Alleged violation of Article 14 of the Convention taken in conjunction with Article 1 of Protocol No. 1

[54] In connection with the invitation referred to in the preceding paragraph the applicant submitted that the refusal of the domestic courts to award her a survivor's pension and social security benefits based on her deceased partner's entitlement had been in breach of Article 14 of the Convention taken in conjunction with Article 1 of Protocol No. 1.

Article 14 of the Convention provides:

„The enjoyment of the rights and freedoms set forth in [the] Convention shall be secured without discrimination on any ground such as sex, race, colour, language, religion, political or other opinion, national or social origin, association with a national minority, property, birth or other status.“

Article 1 of Protocol No. 1 provides:

„Every natural or legal person is entitled to the peaceful enjoyment of his possessions ...

The preceding provisions shall not, however, in any way impair the right of a State to enforce such laws as it deems necessary to control the use of property in accordance with the general interest or to secure the payment of taxes or other contributions or penalties.“

A. Applicability of Article 14 taken in conjunction with Article 1 of Protocol No. 1

[55] Article 14 of the Convention has no independent existence, since it has effect solely in relation to the rights and freedoms safeguarded by the other substantive provisions of the Convention and its Protocols. Its application does not presuppose a breach of one or more of such provisions and to this extent it is autonomous. For Article 14 to become applicable it

suffices that the facts of a case fall within the ambit of another substantive provision of the Convention or its Protocols (see *Thlimmenos v. Greece* [GC], no. 34369/97, § 40, ECHR 2000-IV, KirchE 42, 402, and *Koua Poirrez v. France*, no. 40892/98, § 36, ECHR 2003-X; see also *Fretté v. France*, no. 36515/97, § 31, ECHR 2002-I and the case-law cited therein).

[56] As regards the applicability of Article 1 of Protocol No. 1, the Court ruled in *Stec and Others v. the United Kingdom* ((dec.) [GC], nos. 65731/01 and 65900/01, §§ 42-56, ECHR 2005-X) that this provision did not oblige States to put in place a social security or pension scheme; however, if a Contracting State had in force legislation providing for the payment as of right of a welfare benefit – whether conditional or not on the prior payment of contributions – that legislation had to be regarded as generating a proprietary interest falling within the ambit of Article 1 of Protocol No. 1 for persons satisfying its requirements.

[57] In the instant case the applicant complained that she had been deprived of a survivor's pension and social security benefits based on her deceased partner's entitlement on discriminatory grounds covered, in her view, by Article 14, namely her status as a woman married in accordance with religious rites.

[58] The Court notes that, under the national social security legislation, only persons married in accordance with the Civil Code inherit their late spouse's social security entitlements. It further observes that, according to the settled case-law of the domestic courts, based on the ordinary law on civil liability as defined in the relevant provisions of the Civil Code and the Code of Obligations, a retirement pension and social security benefits cannot be awarded to a surviving partner where there has been no civil marriage. However, the Court points to its own case-law to the effect that, although Article 1 of Protocol No. 1 does not include the right to receive a social security payment of any kind, if a State does decide to create a benefits scheme, it must do so in a manner which is compatible with Article 14 (see *Stec and Others*, cited above, § 55). In the instant case the applicant complained that she had not been awarded a retirement pension and social security benefits based on her late partner's entitlement on discriminatory grounds for the purposes of Article 14 of the Convention.

[59] Consequently, Article 14 of the Convention taken in conjunction with Article 1 of Protocol No. 1 is applicable in the present case.

B. Compliance with Article 14 taken in conjunction with Article 1 of Protocol No. 1

1. The parties' submissions

(a) The Government

[60] The Government began by pointing out that the regulation of marriage, which was compatible with Article 12 of the Convention, fell within the State's margin of appreciation. Civil marriage was clearly defined by

the provisions of the Civil Code. Only persons who had contracted a civil marriage could enjoy the corresponding rights. That was why the applicant's application to the Hatay Labour Court seeking to benefit from her deceased partner's social security entitlements had been rejected on account of the absence of a civil marriage. Entitlement to a survivor's pension and social security benefits was not governed by the rules on inheritance laid down by the Civil Code. Under the domestic social security legislation, the lawful surviving partner of a civil marriage and his or her children could inherit such entitlement.

[61] Next, the Government stressed the importance of the principle of secularism, which was enshrined in the Constitution. It was not possible to attach legal consequences to the application of religious rules. The legislature's aim was to prevent religious marriages and protect the most important building-block of society, namely the family. As a secular State, Turkey did not recognise religious marriages. In a similar situation where the woman rather than the man was in employment, the latter would not be awarded a survivor's pension or social security benefits on her death. Religious marriage placed women at a disadvantage compared to men. In order to prevent discrimination and grant the same rights to women and men, the law required religious marriages to be preceded by a civil ceremony. The law governing civil marriage did not impose any particular restrictions on the right to marry, neither could the legislature oblige persons who were living together to marry in accordance with the Civil Code.

[62] In the Government's submission, the domestic authorities had not subjected the applicant to discriminatory treatment compared to other persons in a similar situation. There was no provision of domestic law which entitled a „surviving life companion“ or „surviving partner“ to receive a survivor's pension or social security benefits as the deceased's successor. The main difference between religious and civil marriage was that the former was not recognised by the law. Religious marriages were not registered. Persons wishing to enter into such a union were free to do so, but only after they had contracted a civil marriage. Article 230 of the Criminal Code made it a punishable offence to solemnise a religious marriage before the civil ceremony. The object of that provision was to protect women against polygamy. If religious marriages were to be considered lawful all the attendant religious consequences would have to be recognised, for instance the fact that a man could marry four women. The only means of preventing that was to promote civil marriage and not to attach rights to religious marriage. A further legal argument militated against religious marriage, namely the principle of presumption of paternity, which was based on the existence of a civil marriage. Furthermore, the recognition of a child by his or her father did not entail regularisation of the latter's religious marriage. The applicant had had the opportunity to contract a civil marriage in order to secure entitlement to

a survivor's pension and social security benefits in the event of her partner's death.

[63] Lastly, the Government submitted that a distinction needed to be made between a claim for damages under private law and an application for a survivor's pension and other social security benefits under the rules of public law. Under the latter, entitlement to such benefits required the existence of a legal relationship. As religious marriage was not recognised the applicant could not legally claim a survivor's pension or social security benefits based on her late partner's entitlement. Granting such rights to persons living in religious marriages would be tantamount to encouraging religious marriage. Under domestic law, the introduction of a claim for damages did not depend on the persons concerned being related. Admittedly, the courts accepted that a fiancée or close friend who had cared for the deceased or a person who had suffered a loss of income as a result of the death could be awarded damages; however, in such situations Turkish law provided for compensation irrespective of the existence of a religious or civil marriage.

(b) The applicant

[64] During the hearing, without making an explicit complaint in that regard, the applicant stated that, as she herself had been born of a religious marriage, her name had not been entered in the civil status register until 15 October 2002. The delay in being registered was the reason why she had been unable to contract a civil marriage with Ö.K. As a woman married in accordance with custom and practice, she submitted that the domestic courts had rejected her claim for social security benefits on the death of her partner because she had not contracted a civil marriage.

[65] The applicant did not regard her application as tending towards the recognition of religious marriage or polygamy. The Civil Code recognised religious marriages provided that they were solemnised after a civil ceremony had been performed. While she was aware of the relevant provision of the Criminal Code, she had doubts as to its effectiveness (see paragraph 22 above). In her view, religious marriage was a social reality throughout Turkey. Furthermore, her situation could have been regularised on the basis of the amnesty laws which were enacted regularly with a view to ensuring that children born outside marriage could be entered in the civil status register.

[66] During the hearing the applicant stated that she had always paid her own medical expenses rather than being covered by her partner, as she had never had entitlement through him.

2. The Court's assessment

(a) Relevant general principles

[67] According to the Court's settled case-law, discrimination means treating differently, without an objective and reasonable justification,

persons in relevantly similar situations (see *D.H. and Others v. the Czech Republic* [GC], no. 57325/00, § 175, ECHR 2007-XII). A difference in treatment has no objective and reasonable justification if it does not pursue a legitimate aim or if there is not a reasonable relationship of proportionality between the means employed and the aim sought to be realised (see *Larkos v. Cyprus* [GC], no. 29515/95, § 29, ECHR 1999-I). The provisions of the Convention do not prevent, in principle, Contracting States from introducing general policy schemes by way of legislative measures whereby a certain category or group of individuals is treated differently from others, provided that the difference in treatment which results for the statutory category or group as a whole can be justified under the Convention and its Protocols (see, *mutatis mutandis*, *Ždanoka v. Latvia* [GC], no. 58278/00, § 112, ECHR 2006-IV).

[68] In other words, Article 14 does not prohibit distinctions in treatment which are founded on an objective assessment of essentially different factual circumstances and which, being based on the public interest, strike a fair balance between the protection of the interests of the community and respect for the rights and freedoms safeguarded by the Convention (see *Ünal Tekeli v. Turkey*, no. 29865/96, § 51, ECHR 2004-X).

[69] The right not to be discriminated against in the enjoyment of the rights guaranteed under the Convention is also violated when States without an objective and reasonable justification fail to treat differently persons whose situations are significantly different (see *Thlimmenos*, cited above, § 44).

[70] The Contracting States enjoy a certain margin of appreciation in assessing whether and to what extent differences in otherwise similar situations justify a different treatment in law (see *Marckx v. Belgium*, 13 June 1979, § 33, Series A no. 31; *Abdulaziz, Cabales and Balkandali v. the United Kingdom*, 28 May 1985, § 72, Series A no. 94; and *Stubbings and Others v. the United Kingdom*, 22 October 1996, § 72, Reports 1996-IV). That margin is wider when it comes to the adoption by the State of general fiscal, economic or social measures, which are closely linked to the State's financial resources (see *Burden v. the United Kingdom* [GC], no. 13378/05, § 60, ECHR 2008-..., and *Petrov v. Bulgaria*, no. 15197/02, § 55, 22 May 2008). However, it is ultimately for the Court to decide, in the light of the circumstances of the case in question, whether such measures are compatible with the State's obligations under the Convention and its Protocols (see *James and Others v. the United Kingdom*, 21 February 1986, § 46, Series A no. 98, and *National & Provincial Building Society, Leeds Permanent Building Society and Yorkshire Building Society v. the United Kingdom*, 23 October 1997, § 80, Reports 1997-VII).

[71] As to the burden of proof in this sphere, the Court has established that once the applicant has shown a difference in treatment, it is for the Government to show that it was justified (see *D.H. and Others*, cited above, § 177; *Timishev v. Russia*, nos. 55762/00 and 55974/00, § 57,

ECHR 2005-XII; and *Chassagnou and Others v. France* [GC], nos. 25088/94, 28331/95 and 28443/95, §§ 91-92, ECHR 1999-III).

[72] With regard to Article 12 of the Convention, the Court has already ruled that marriage is widely accepted as conferring a particular status and particular rights on those who enter it (see *Burden*, cited above, § 63, and *Shackell v. the United Kingdom* (dec.), no. 45851/99, 27 April 2000). The protection of marriage constitutes, in principle, an important and legitimate reason which may justify a difference in treatment between married and unmarried couples (see *Quintana Zapata v. Spain*, Commission decision of 4 March 1998, *Decisions and Reports* (DR) 92, p. 139). Marriage is characterised by a corpus of rights and obligations that differentiate it markedly from the situation of a man and woman who cohabit (see *Nylund v. Finland* (dec.), no. 27110/95, ECHR 1999-VI, and *Lindsay v. the United Kingdom* (dec.), no. 11089/84, 11 November 1986). Thus, States have a certain margin of appreciation to treat differently married and unmarried couples, particularly in matters falling within the realm of social and fiscal policy such as taxation, pensions and social security (see, *mutatis mutandis*, *Burden*, cited above, § 65).

(b) Application of the above principles to the present case

(i) Whether the civil or religious nature of a marriage can be a source of discrimination prohibited by Article 14

[73] It is not disputed in the instant case that the applicant, although not lawfully married, lived in a monogamous relationship with her partner for twenty-six years until his death, and that she had six children with him. According to the judgment of the Hatay Labour Court (see paragraph 15 above), the applicant's claim for a survivor's pension and social security benefits based on her late partner's entitlement was rejected because she had not contracted a civil marriage. The fact that the applicant, who was born of a religious marriage, had not been registered at birth does nothing to alter this.

[74] The applicant considered herself to be in a situation comparable to that of a widow in a civil marriage. She fulfilled all the legal requirements for claiming the benefits in question apart from the fact that her marriage had been religious rather than civil in nature.

[75] While contending that the national courts had not subjected the applicant to discriminatory treatment in relation to other persons in a similar situation, the Government took the view in particular that her situation, as a person married according to religious rites, could not be likened to that of a wife married in accordance with the Civil Code. The refusal of the domestic courts to award the benefits in issue to the applicant had been based on the law, the justification for which was twofold: the protection of women, particularly through efforts to combat polygamy, and the principle of secularism.

[76] Accordingly, the Court must now examine whether the nature of a marriage – that is, whether it is civil or religious – can be a source of discrimination prohibited by Article 14.

[77] In that regard the Court points out that Article 14 prohibits, within the ambit of the rights and freedoms guaranteed, discriminatory treatment having as its basis or reason a personal characteristic („status“) by which persons or groups of persons are distinguishable from each other (see Kjeldsen, Busk Madsen and Pedersen v. Denmark, 7 December 1976, § 56, Series A no. 23, KirchE 42, 181). The characteristics in question are enumerated in Article 14.

[78] However, the list set out in that provision is illustrative and not exhaustive, as is shown by the words „any ground such as“ (in French „notamment“) (see Engel and Others v. the Netherlands, 8 June 1976, § 72, Series A no. 22; James and Others, cited above, § 74; and Luczak v. Poland, no. 77782/01, § 46, ECHR 2007-XIII). Furthermore, discrimination prohibited by Article 14 may also be on the ground of „other status“ („toute autre situation“ in French). As the nature of a marriage – that is, whether it is civil or religious – does not feature as such in the list of possible grounds of discrimination contemplated by Article 14, the Court must examine whether it might come under the heading of „other status“.

[79] In that regard the Court has ruled in previous cases that children born outside marriage were discriminated against compared to those born within a civil marriage, as the difference in treatment was based solely on the former's „status“ as children born out of wedlock (see, among many other authorities, Marckx, cited above; Mazurek v. France, no. 34406/97, ECHR 2000-II; and Inze v. Austria, 28 October 1987, Series A no. 126). The Court has adopted similar reasoning in finding that a refusal to grant access rights in respect of a child on the sole ground that the child was born out of wedlock was discriminatory (see, for example, Sahin v. Germany [GC], no. 30943/96, § 87, ECHR 2003-VIII). Likewise, the Court considers that the absence of a marriage tie between two parents is one of the aspects of personal „status“ which may be a source of discrimination prohibited by Article 14.

[80] These considerations apply, *mutatis mutandis*, to the instant case, given that it has not been disputed that the difference in treatment to which the applicant was subjected with regard to the benefits in question was based solely on the non-civil nature of her marriage to her partner.

(ii) Whether there was an objective and reasonable justification for the difference in treatment

(a) Legitimate aim

[81] The Court must now ascertain whether the difference in treatment in question pursued a legitimate aim. In that connection, taking into account the importance of the principle of secularism in Turkey, the Court notes that in adopting the Civil Code in 1926, which instituted monoga-

mous civil marriage as a prerequisite for any religious marriage, Turkey aimed to put an end to a marriage tradition which places women at a clear disadvantage, not to say in a situation of dependence and inferiority, compared to men. For the same reason it introduced the principle of gender equality in the enjoyment of civic rights, particularly in relation to divorce and inheritance, and prohibited polygamy. Marriage in accordance with the Civil Code is specifically aimed at protecting women, for instance by laying down a minimum age for marriage and establishing a set of rights and obligations for women (in particular in the event of the dissolution of the marriage or the death of the husband).

[82] In the light of the foregoing, the Court accepts that the difference in treatment in question primarily pursued the legitimate aims of protecting public order and protecting the rights and freedoms of others.

(8) Reasonable relationship of proportionality between the means employed and the aim sought to be realised

[83] As to whether there was a reasonable relationship of proportionality, it should be noted that the fact that the applicant had not contracted a civil marriage and had not regularised her situation had adverse legal consequences for her. Hence, she did not have the status of heir which would have entitled her to claim a survivor's pension and social security benefits on her partner's death. At the hearing the applicant pointed out that she had paid her own medical expenses while her partner was alive and that the latter had paid contributions into the „Bağ-Kur“ retirement pension fund.

[84] The Court notes, however, that the applicant was aware of her situation and knew that she needed to regularise her relationship in accordance with the Civil Code in order to be entitled to benefits on her partner's death. The Civil Code requires a binding legal document to be issued in order for a civil marriage to be valid and to produce effects vis-à-vis third parties and the State. Thus, at the close of the official marriage ceremony, a family record book is handed over to the married couple. The Civil Code states clearly that no religious marriage may be solemnised in the absence of the family record book (see paragraph 20 above). In order to ensure that the pre-eminence of civil marriage is observed the respondent State also provides for criminal sanctions against any person who solemnises a religious marriage without first ascertaining that a civil ceremony has taken place (see paragraph 22 above). For its part, the Religious Affairs Directorate – the authority recognised by the legislature in this sphere – expressly requires its imams to verify that the couple intending to marry have already contracted a civil marriage before a civil status registrar.

[85] The present case is therefore clearly distinguishable from that of *Muñoz Díaz v. Spain* (no. 49151/07, 8 December 2009), in which the Court observed that the Spanish authorities had recognised the applicant – a member of the Roma community who had married in accordance with

Roma rites – as her partner's „spouse“. The woman in question and her family had been issued with a family record book and been granted large-family status; the mother, as a spouse, and her six children had also been in receipt of health-care assistance. The Court therefore took the view that the applicant's good faith as to the validity of her marriage, confirmed by the authorities' official recognition of her situation, had given her a legitimate expectation of being entitled to a survivor's pension. Finally, when the applicant had got married according to Roma rites and traditions, it had not been possible in Spain, except by making a prior declaration of apostasy or of affiliation to a different faith, to be married otherwise than in accordance with the rites of the Catholic Church.

[86] Unlike the situation in *Muñoz Díaz*, the applicant in the present case could not argue that she had a legitimate expectation of obtaining a survivor's pension and social security benefits on the basis of her partner's entitlement (see paragraph 58 above). Furthermore, the rules laying down the substantive and formal conditions governing civil marriage are clear and accessible and the arrangements for contracting a civil marriage are straightforward and do not place an excessive burden on the persons concerned (see paragraph 18 above). The applicant has never maintained otherwise. What is more, she had a sufficiently long time - twenty-six years - in which to contract a civil marriage. There is therefore no justification for her assertion that the efforts she allegedly undertook to regularise her situation had been hampered by the cumbersome nature or slowness of the administrative procedures. As to whether the civil status registrar could or should have regularised her situation of his or her own accord on the basis of the amnesty laws enacted in relation to children born outside marriage (see paragraph 27 above), the Court notes that, while the State may regulate civil marriage in accordance with Article 12 of the Convention, this does not mean that it can require persons within its jurisdiction to contract a civil marriage. The Court further notes, as did the Government, that the amnesty laws in question are not aimed at regularising religious marriages but at improving the situation of children born out of relationships which are not legally recognised, or outside the bonds of marriage.

[87] In the light of these considerations, the Court concludes that there was a reasonable relationship of proportionality between the impugned difference in treatment and the legitimate aim pursued. There was therefore an objective and reasonable justification for the difference in question.

[88] There has accordingly been no violation of Article 14 of the Convention taken in conjunction with Article 1 of Protocol No. 1.

IV. Alleged violation of Article 8 of the Convention

[89] On the basis of the same complaint as the one under Article 14 of the Convention taken in conjunction with Article 1 of Protocol No. 1, the

applicant further alleged a breach of her right to respect for her family life within the meaning of Article 8 of the Convention, the relevant parts of which provide:

*„1. Everyone has the right to respect for his ... family life ...
2. There shall be no interference by a public authority with the exercise of this right except such as is in accordance with the law and is necessary in a democratic society in the interests of ... the economic well-being of the country, for the prevention of disorder or crime, for the protection of health or morals, or for the protection of the rights and freedoms of others.“*

A. The Chamber judgment

[90] The Chamber noted the existence in the present case of „family life“ within the meaning of Article 8 (see paragraph 27 of the Chamber judgment). It held that there had been no violation of that provision because the difference complained of had pursued a legitimate aim and been based on objective and reasonable grounds, namely the protection of the traditional family based on the bonds of marriage (see paragraph 30 of the judgment).

B. The parties' submissions

[91] The Government agreed with the Chamber's conclusion, taking the view that Article 8 did not impose an obligation on the Contracting States to adopt a special regime for couples living together without having contracted a civil marriage.

[92] The applicant reiterated her allegations.

C. The Court's assessment

1. Whether there was „family life“

[93] By guaranteeing the right to respect for family life, Article 8 presupposes the existence of a family. The existence or non-existence of „family life“ is essentially a question of fact depending upon the real existence in practice of close personal ties (see *K. and T. v. Finland* [GC], no. 25702/94, § 150, ECHR 2001-VII).

[94]. Article 8 applies to the „family life“ of the „illegitimate“ family as it does to that of the „legitimate“ family (see *Marckx*, cited above, § 31, and *Johnston and Others v. Ireland*, 18 December 1986, § 55, Series A no. 112). The notion of the „family“ is not confined solely to marriage-based relationships and may encompass other *de facto* „family“ ties where the parties are living together outside of marriage (see *Keegan v. Ireland*, 26 May 1994, § 44, Series A no. 290, and *Al-Nashif v. Bulgaria*, no. 50963/99, § 112, 20 June 2002). A child born out of such a relationship is *ipso jure* part of that „family“ unit from the moment and by the

very fact of his birth. Thus there exists between the child and his parents a bond amounting to family life (see *Elsholz v. Germany* [GC], no. 25735/94, § 43, ECHR 2000-VIII).

[95] Furthermore, questions of inheritance and voluntary dispositions between near relatives appear to be intimately connected with family life. Family life does not include only social, moral or cultural relations, for example in the sphere of children's education; it also comprises interests of a material kind, as is shown by, amongst other things, the obligations in respect of maintenance and the position occupied in the domestic legal systems of the majority of the Contracting States by the institution of the reserved portion of an estate. Whilst inheritance rights are not normally exercised until the estate-owner's death, that is at a time when family life undergoes a change or even comes to an end, this does not mean that no issue concerning such rights may arise before the death: the distribution of the estate may be settled, and in practice fairly often is settled, by the making of a will or of a gift on account of a future inheritance; it therefore represents a feature of family life that cannot be disregarded (see *Marckx*, cited above, § 52, and *Merger and Cros v. France*, no. 68864/01, § 46, 22 December 2004).

[96] In addition, when deciding whether a relationship can be said to amount to „family life“, a number of factors may be relevant, including whether the couple live together, the length of their relationship and whether they have children together (see *X, Y and Z v. the United Kingdom*, 22 April 1997, § 36, Reports 1997-II, and *Kroon and Others v. the Netherlands*, 27 October 1994, § 30, Series A no. 297-C).

[97] In its judgment in the present case, the Chamber held that Article 8 of the Convention was applicable, for the following reasons:

„27. In the instant case the Court observes that the applicant entered into a religious marriage (imam nikâhı) in 1976 with Ö.K. The couple had six children, the first five of whom were entered in the civil register under the father's name, while the last child was entered under the applicant's name. It is not contested by the parties that the applicant and her children lived with Ö.K. until his death in 2002. The Court considers that it does not have jurisdiction to rule on the place or role of religious marriage in Turkish law and its social consequences. It simply notes that the applicant, Ö.K. and their children lived together in such a way that they constituted a 'family' within the meaning of Article 8 of the Convention.“

[98] The Grand Chamber fully agrees with this finding.

2. The applicant's right to respect for her „family life“

[99] The Court must therefore determine whether, in the particular circumstances of the present case, the choice by the State to confer a particular status on civil marriage as distinct from religious marriage re-

sulted in interference with the applicant's „family life“ within the meaning of Article 8 of the Convention. It will do so in the light of the reasoning it adopted in relation to Article 14 of the Convention taken in conjunction with Article 1 of Protocol No. 1 (see paragraphs 81 to 88 above).

[100] It should be reiterated in this regard that the essential object of Article 8 is to protect the individual against arbitrary interference by the public authorities. There may in addition be positive obligations inherent in effective „respect“ for family life. In both contexts regard must be had to the fair balance that has to be struck between the competing interests of the individual and the community as a whole, and in both contexts the State is recognised as enjoying a certain margin of appreciation (see *Hokkanen v. Finland*, 23 September 1994, § 55, Series A no. 299-A). Furthermore, in the sphere of the State's planned economic, fiscal or social policy, on which opinions within a democratic society may reasonably differ widely, that margin is necessarily wider (see, *mutatis mutandis*, *James and Others*, cited above, § 46). This applies also in the present case (see paragraph 82 above).

[101] As to the applicant, she chose, together with her partner, to live in a religious marriage and found a family. She and Ö.K. were able to live peacefully as a family, free from any interference with their family life by the domestic authorities. Thus, the fact that they opted for the religious form of marriage and did not contract a civil marriage did not entail any penalties – either administrative or criminal – such as to prevent the applicant from leading an effective family life for the purposes of Article 8. The Court therefore finds no appearance of interference by the State with the applicant's family life.

[102] Accordingly, the Court is of the view that Article 8 cannot be interpreted as imposing an obligation on the State to recognise religious marriage. In that regard it is important to point out, as the Chamber did (see paragraph 29 of its judgment), that Article 8 does not require the State to establish a special regime for a particular category of unmarried couples (see *Johnston and Others*, cited above, § 68). For that reason the fact that the applicant does not have the status of heir, in accordance with the provisions of the Civil Code governing inheritance and with the domestic social security legislation, does not imply that there has been a breach of her rights under Article 8.

[103] In conclusion, there has been no violation of Article 8 of the Convention.

For these reasons, the Court unanimously

1. *Dismisses the Government's preliminary objection;*
2. *Holds that there has been no violation of Article 14 of the Convention taken in conjunction with Article 1 of Protocol No. 1;*
3. *Holds that there has been no violation of Article 8 of the Convention.*

CONCURRING OPINION OF JUDGE ROZAKIS

Together with the majority of the Grand Chamber, I voted in this case in favour of non-violation on both counts (Article 14 taken in conjunction with Article 1 of Protocol No. 1, and Article 8 of the Convention). However, I would like to express, through this concurring opinion, certain points of disagreement regarding the reasoning that the majority followed in reaching the conclusion that there had been no violation.

In dealing with the question of alleged discrimination under Article 14 taken in conjunction with Article 1 of Protocol No. 1, the Court was apparently influenced by the applicant's argument that the issue to be examined in the circumstances of the case was that she had been denied a survivor's pension and social security benefits because of her status as a woman married in accordance with religious rites, and that the authorities' conduct in that regard had discriminated against her since the Turkish State recognised civil marriage as the sole basis for legal entitlement to social security benefits. On the basis of this approach the Turkish Government maintained, in response to her arguments, that the difference in treatment between couples married only in accordance with religious rites and couples married in accordance with the requirements of domestic civil law was justified given the importance of the principle of secularism, and pursued the legislature's aim of „de-legitimising“ religious marriage which, *inter alia*, placed women at a disadvantage compared to men and allowed polygamy.

As a consequence, the line followed by the Court in its judgment was that the elements to be compared (the comparators) in the exercise of establishing whether in the circumstances there had been discrimination in breach of Article 14 of the Convention were religious marriage on the one hand and civil marriage on the other. This was the core distinction which led the Court to find that the difference in treatment had a legal basis and a legitimate aim and was proportionate to the aim pursued. And this is where I differ in my consideration of the case.

I believe that the issue in this case, in Convention terms, is not religious marriage and its differences *vis-à-vis* civil marriage. Religious marriage is the backdrop, *la toile de fond*, which allowed the couple made up of the deceased man and his partner, the applicant, to live together monogamously for twenty-six years and have six children. The real comparators to be taken into account in our assessment should have been a long-standing and stable family relationship outside marriage on the one hand, and marriage, as understood by the domestic legal system, on the other. In other words, the elements to be compared are long-standing cohabitation and marriage, rather than religious marriage and civil marriage.

If these two elements are the comparators, then we should examine whether the distinction which the Turkish State makes between persons

married only in a religious ceremony (who are to be considered, under Turkish law, as „unmarried“), and couples married in a civil ceremony, justifies the different treatment afforded by the State's legislation to the latter. And here I accept that the Convention case-law confers a particular status and particular rights on those who enter into a marital relationship. As it was correctly stated in paragraph 72 of the judgment, „[t]he protection of marriage constitutes, in principle, an important and legitimate reason which may justify a difference in treatment between married and unmarried couples. ... Marriage is characterised by a corpus of rights and obligations that differentiate it markedly from the situation of a man and a woman who cohabit. ... Thus, States have a certain margin of appreciation to treat differently married and unmarried couples, particularly in matters falling within the realm of social and fiscal policy such as taxation, pensions and social security.“

For the above reasons, and considering that the comparators in the present case are stable cohabitation outside marriage and marriage itself, I accept that compliance with the Convention case-law must lead us to the conclusion that in the circumstances of the case the absence of social security benefits to the detriment of our applicant's interests is not contrary either to Article 14 (read in conjunction with Article 1 of Protocol No. 1) or to Article 8 of the Convention. Nevertheless, in view of the new social realities which are gradually emerging in today's Europe, manifested in a gradual increase in the number of stable relationships outside marriage, which are replacing the traditional institution of marriage without necessarily undermining the fabric of family life, I wonder whether this Court should not begin to reconsider its stance as to the justifiable distinction that it accepts, in certain matters, between marriage on the one hand and other forms of family life on the other, even when it comes to social security and related benefits.

CONCURRING OPINION OF JUDGE KOVLER (TRANSLATION)

I accepted – not without some hesitation – the Grand Chamber's argument to the effect that States have a certain margin of appreciation to treat differently couples who have contracted a civil marriage and those who have not, particularly in matters falling within the realm of social policy, including pensions and social security. As the applicant's complaints focus on her right to claim a survivor's pension and social security benefits based on the entitlement of her late „partner“ (within the meaning of the domestic legislation) rather than the right to claim an „ordinary“ (old-age) pension, the domestic courts' refusal to award her the benefits in question was based on well-defined domestic-law provisions and her situation was therefore foreseeable. Accordingly, there was an objective and reasonable justification for the impugned

difference in treatment and the latter did not amount to a violation of Article 14 of the Convention taken in conjunction with Article 1 of Protocol No. 1.

Of course it is regrettable that the respondent State, to judge by the information supplied by the two parties, did not allow the applicant to claim an ordinary pension. Viewed objectively, this lack of any social welfare provision for widows who contracted a religious marriage is an infringement of the freedom of choice as to the form taken by „family life“, since, as the Court has stressed on numerous occasions, the notion of the „family“ is not confined solely to marriage-based relationships and may encompass other *de facto* „family“ ties where the parties are living together outside of marriage (see paragraph 94 of the judgment, with further references). But the applicant's complaints do not relate to this aspect of Article 8 of the Convention.

What I cannot agree with in the text of the judgment are the Court's pronouncements on marriage under Islamic law.

I think it would have been wiser to refrain from making any assessment of the complexity of the rules of Islamic marriage, rather than portraying it in a reductive and highly subjective manner in the short section entitled „History“ (see paragraphs 36-37), where what is left unsaid speaks louder than what is actually said. Hence, to state that „Islamic law ... recognises repudiation (*talâk*) as the sole means of dissolving a marriage“, such repudiation being „a unilateral act on the part of the husband“, and not to mention that the woman can also seek a divorce, for instance if her husband is unable to maintain the family, is to present only half the picture.

Had the Court really been interested in the financial position of the applicant, whose complaints it reclassified, it could have analysed in greater detail in its judgment the financial relationship between married couples under Islamic law. The husband has to pay a dowry, which belongs to the wife unless she agrees otherwise (Koran, 4:4); after divorce, the man cannot claim back the dowry unless the woman agrees to it (Koran, 2:229); the woman can obtain a divorce by buying back her freedom (Koran, 2:229); finally, men and women are each entitled to a share of the inheritance (Koran, 4:7, 4:11 and 4:32). This analysis would have enabled the Court to give a more qualified interpretation of the „legitimate aim“ of the 1926 Turkish Civil Code, instead of denouncing „a marriage tradition which places women at a clear disadvantage, not to say in a situation of dependence and inferiority, compared to men“ (see paragraph 81). The language of politicians and NGOs is not always appropriate to the texts adopted by an international judicial body. Unfortunately, in another case (*Refah Partisi (the Welfare Party) and Others v. Turkey* [GC], nos. 41340/98, 41342/98, 41343/98 and 41344/98, ECHR 2003-II), the Court had already, in my view, committed a serious error by passing judgment on the Islamic system of values (see my concurring opinion in

that case), when it could easily have refrained from such a demonstration of ideological activism.

The European Convention on Human Rights is not the only instrument of its kind. The Universal Islamic Declaration of Human Rights (21 Dhul Qaidah 1401 – 19 September 1981) also contains certain provisions (in particular Article XX on the rights of married women) which, had the Court taken them into account, would have prevented it from reaching hasty conclusions which I regret being obliged to adopt together with the rest of the text of the judgment. I would like to see the European Court of Human Rights take a more anthropological approach in the positions it adopts, by „not just exploring difference, but exploring it differently“ („non seulement penser l'autre, mais le penser autrement“) (see, in particular, C. Eberhard, *Le droit au miroir des cultures – Pour une autre mondialisation*, Paris, 2010). Otherwise, the Court is in danger of becoming entrenched in „eurocentric“ attitudes.

3

Die Steuerbefreiung der Dienstwohnungen der Geistlichen und Kirchendiener durch § 3 Abs. 1 Nr. 5 GrStG kann nur bei einengender Auslegung der Vorschrift als verfassungskonform angesehen werden. Wohnungen können nur dann Dienstwohnungen sein, wenn sie dem Inhaber eines Kirchenamtes unter Anrechnung auf seine Vergütung zugewiesen worden sind und dieser zu ihrer Nutzung verpflichtet ist, weil es zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der dienstlichen Obliegenheiten erforderlich ist, dass sich der Wohnungsinhaber an der betreffenden Stelle dauernd aufhält.

Auf der Grundlage der getroffenen Aufgabenzuweisung unterliegt es der Nachprüfung durch die zuständigen staatlichen Stellen, ob es zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der dienstlichen Obliegenheiten, so wie diese durch den Dienstgeber tatsächlich geregelt worden sind, erforderlich ist, dass der Inhaber der zugewiesenen Wohnung sich an der betreffenden Stelle dauernd aufhalten muss (hier verneint für den Fall eines nicht gleichzeitig auch die Aufgabe eines Gemeindepfarrers wahrnehmenden Dekans der Evangelischen Kirche).

§ 3 Abs. 1 Nr. 5 GrStG, Art. 3 Abs. 1 GG
Hessisches FG, Urteil vom 28. Januar 2009 - 3 K 2219/07¹ -

¹ Auszug aus den Amtl. Leitsätzen. EFG 2009, 1144; KuR 2009, 138 (LS); StE 2009, 360 (LS); ZKF 2009, 260.

Die Beteiligten streiten über die Aufhebung des Einheitswertes bzw. die Aufhebung des Steuermessbetrages für die Dienstwohnung eines Dekans der Ev. Kirche in Hessen und Nassau (EKHN).

Die Klägerin ist eine der Gliedkirchen der EKD. Sie ist Eigentümerin des mit einem Einfamilienhaus bebauten Grundstücks in B. Für dieses Grundstück hatte das beklagte Finanzamt im Dezember 1975 einen Einheitswert festgestellt und einen Grundsteuermessbetrag festgesetzt. Nach dem Auszug des bisherigen Mieters im September 2006 wurde die Wohnung als Dienstwohnung des Dekans des Evangelischen Dekanats H. hergerichtet und ab 1.2.2007 dementsprechend genutzt. Im April 2007 beantragte die Klägerin, den Einheitswert und den Steuermessbetrag für das Grundstück aufzuheben, weil gem. § 3 Abs. 1 Nr. GrstG Dienstwohnungen der Geistlichen der Religionsgesellschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, von der Grundsteuer befreit seien.

Das Finanzamt lehnte den Antrag mit dem angefochtenen Bescheid ab, weil es an den nach der Rechtsprechung (Urteil des BFH vom 18.10.1989 - II R 209/89 - BFHE 159, 207, BStBl. II 1990, 190, KirchE 27, 296) für eine Dienstwohnung erforderlichen Voraussetzungen fehle. Der Einspruch blieb erfolglos. In der Einspruchsentscheidung führte das Finanzamt aus, eine Dienstwohnung liege nur dann vor, wenn der Bedienstete zur Benutzung verpflichtet und die Wohnungsnutzung zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der dienstlichen Obliegenheiten erforderlich sei. Im Streitfall habe der Dekan nach der Pfarrdienstwohnungsverordnung (PfdWVO) zwar einen Anspruch auf eine Dienstwohnung. Zur Nutzung sei er aber nicht verpflichtet. Auch sei es unter Berücksichtigung der modernen Kommunikationsmittel und der heutigen Mobilität nicht erforderlich, eine ganz bestimmte Wohnung zur Ausübung des Dekaneamtes zu benutzen.

Mit der Klage erstrebt die Klägerin die Aufhebung des angefochtenen Bescheids und die Verpflichtung des Beklagten, die vorgenannten Anordnungen betr. Einheitswert und Grundsteuermessbetrag aufzuheben. Sie vertritt - wie schon vorprozessual - die Auffassung, die Wohnung des Dekans des Evangelischen Dekanats H. sei gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 5 GrstG von der Grundsteuer befreit und deshalb gemäß § 24 BewG der Einheitswert und gemäß § 20 GrstG der Steuermessbetrag aufzuheben. Entgegen der Auffassung des Finanzamtes sei der Dekan zur Nutzung der überlassenen Wohnung verpflichtet. Auch ein Dekan sei ein Pfarrer und unterliege der in § 4 PfdWVO und § 12 des Kirchengesetzes über die Dienstverhältnisse der Pfarrerinnen und Pfarrer (PfdG) statuierten Verpflichtung zur Nutzung der ihm zugewiesenen Dienstwohnung. Ob die Nutzung einer Dienstwohnung zur Ausübung des Dienstes erforderlich sei, obliege allein der Entscheidung des kirchlichen Dienstgebers. Dieser sei berechtigt, die Dienstverhältnisse der Geistlichen so auszugestalten, wie es seinem Bild vom kirchlichen Dienst entspreche. Wenn die

Klägerin bei den Dekanen und Dekaninnen in Ausübung des kirchlichen Selbstverwaltungsrechtes die Zuweisung einer Dienstwohnung grundsätzlich für geboten gehalten habe, scheide eine Überprüfung dieser Entscheidung durch staatliche Stellen aus.

Jedenfalls aber sei die Auffassung des Finanzamtes inhaltlich unrichtig, weil die Benutzung der Wohnung durch den Amtsinhaber zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der dienstlichen Obliegenheiten erforderlich sei. Die Klägerin lege Wert darauf, dass der Dekan als Pfarrer weiter an den Aufgaben der Verkündung und Sakramentsverwaltung in Gottesdienst, Seelsorge und Unterweisung teilnehme. Er erfülle diese Aufgabe u.a. durch seine Rolle als übergemeindlicher Repräsentant der Kirche in der Region. Die Präsenz der Kirche verbinde sich räumlich wahrnehmbar für die Menschen mit dem Pfarrhaus bzw. der Dekanewohnung. Deshalb lege die Klägerin Wert darauf, dass der Dekan nicht in privaten Räumen, sondern in der zugewiesenen Dienstwohnung wohne, in der er jederzeit - unabhängig von den Öffnungszeiten des Dekanatsbüros - ansprechbar und erreichbar zu sein habe.

Hieran würden die heutigen Möglichkeiten der Kommunikation und Mobilität nichts ändern. Die modernen Telekommunikationsmittel genügen wohl zum bloßen Informationsaustausch. Die Klägerin lege aber Wert darauf, dass sich kirchliches Leben und kirchliche Arbeit so weit wie möglich in der unmittelbaren persönlichen Begegnung zwischen Menschen vollziehe. Ein Dienstwagen werde dem Dekan nicht gestellt, zur Unterhaltung und dienstlichen Nutzung eines privaten Pkws sei er nicht verpflichtet. Hierdurch könnten erhebliche Probleme und Verzögerungen auftreten, wenn ein Pfarrer an einem entlegenen Ort seines Dekanates seinen Wohnsitz nähme.

Der Beklagte macht im Wesentlichen geltend: Der Klägerin sei insoweit zuzustimmen, als der kirchliche Arbeitgeber die Dienstverhältnisse mit seinen Geistlichen so ausgestalten könne, wie es seinem Bild vom kirchlichen Dienst entspreche. Das GrStG sei aber eine für alle geltende Rechtsnorm und habe auch für die Kirche Geltung. Danach müsse auch für eine kirchliche Dienstwohnung geprüft werden, ob es zur Wahrnehmung der dienstlichen Obliegenheiten erforderlich ist, dass sich der Wohnungsinhaber an dieser Stelle dauernd aufhält. Das sei im Streitfall nicht der Fall. Zu den Kernaufgaben eines Dekans gehöre die Personalverwaltung für die im Dekanat beschäftigten Pfarrer und die Repräsentierung der Kirche in der Öffentlichkeit. Mittelpunkt für diese Aufgabe sei das zu festen Bürozeiten von Montag bis Freitag und per Anrufbeantworter erreichbare Dekanatsbüro. Dass der Dekan auch in seiner häuslichen Wohnung erreichbar sein müsse, werde nicht bestritten. Nur bedürfe es hierfür keiner bestimmten Dienstwohnung.

Das Finanzgericht weist die Klage ab.